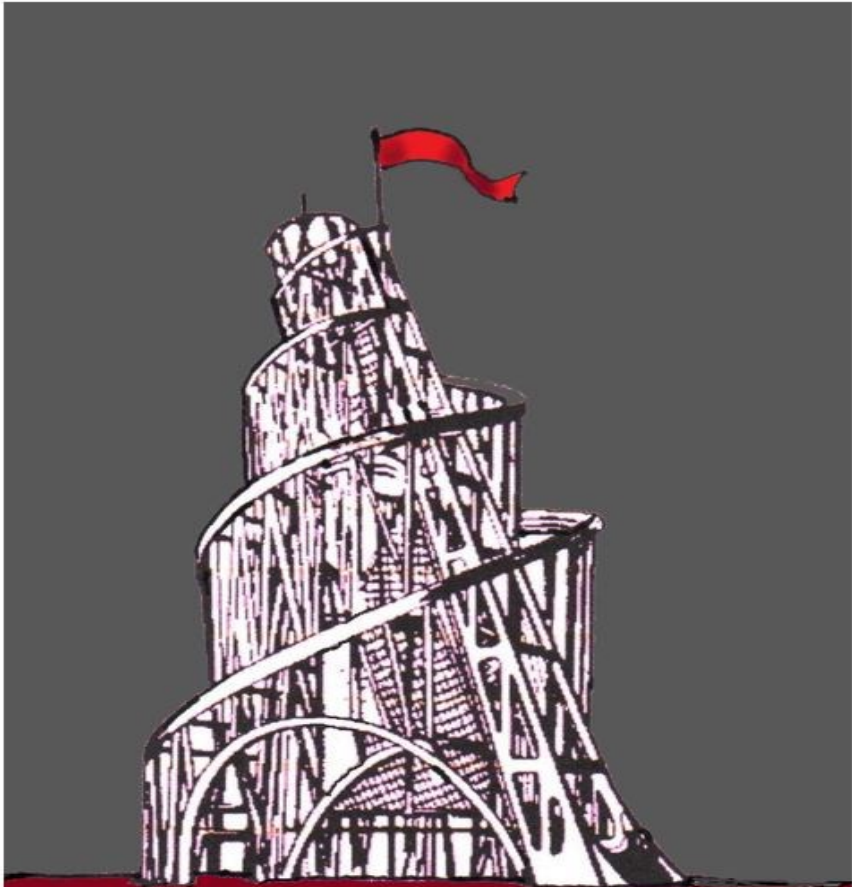


Peter Berens

# Lenin ohne Leninismus



Teil 3

Die unterdrückten Nationalitäten

---

## Inhaltverzeichnis

### **Einleitung**

- 4 2.0 Nationalitätenstaat Russland**
  - 5 2.1 Der § 7 bzw. § 9 des Parteiprogramms der SDAPR**
  - 8 2.2 Für das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse**
  - 9 2.3 Mit Kautsky gegen Mehring**
  - 10 2.4 Autonomie, Föderation, Sprache**
  - 12 2.5 Vor dem 1. Weltkrieg**
  - 19 2.6 Imperialismus und Kolonien, Krieg und Annexionen**
  - 22 2.7 Selbstbestimmungsrecht, nationaler Aufstand und sozialistische Revolution**
  
  - 25 3.0 Offener Meinungsstreit**
  - 25 3.1 Lenins Kritik am jüdischen Arbeiterbund**
  - 27 3.2 Lenins Polemik gegen Rosa Luxemburg**
  - 30 3.3 Lenins Diskussion mit Karl Radek**
  
  - 31 4.0 Zentralisierte Partei oder Föderation?**
  - 36 5.0 Schlussfolgerungen für heute**
-

## 1.0 Einleitung

Der 3. Teil von „Lenin ohne Leninismus“ behandelt die Entwicklung von Lenins theoretischer Arbeit zu den unterdrückten Nationalitäten bis zur Oktoberrevolution, die die Positionen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russland (SDAPR) entscheidend prägte. Trotz der Konkurrenz ‚nationaler‘ marxistischer Parteien in den Randgebieten gelang es der SDAPR frühzeitig, AktivistInnen aus vielen unterdrückten Nationalitäten des Vielvölkerstaates Russland zu gewinnen. Schon deshalb hieß sie nicht *Russische* Sozialdemokratische Arbeiterpartei, sondern Sozialdemokratische Arbeiterpartei *Russlands*.

Am 21.02.2022 griff Russlands Präsident Wladimir Putin in einer Rede Lenins Nationalitäten-Politik scharf an und machte sie unter dem Motto „Wladimir-Iljitsch-Lenin-Ukraine“ als Ursache für die Trennung der Ukraine von Russland verantwortlich:

„Lassen Sie mich also mit der Tatsache beginnen, dass die moderne Ukraine vollständig von Russland geschaffen wurde, genauer gesagt, vom bolschewistischen, kommunistischen Russland. Dieser Prozess begann fast unmittelbar nach der Revolution von 1917, und Lenin und seine Mitstreiter taten dies auf eine sehr grobe Art und Weise mit Russland selbst – durch Abspaltung, indem sie ihm einen Teil seiner eigenen historischen Territorien entrissen. Natürlich hat niemand die Millionen von Menschen, die dort lebten, nach irgendetwas gefragt (...) Lenin (...) bot den Nationalisten, den »Unabhängigen«, wie er sie damals nannte, Zugeständnisse an. Diese Leninschen Vorstellungen von einer im wesentlichen konföderativen Staatsstruktur und die Losung vom Selbstbestimmungsrecht der Völker bis hin zur Sezession bildeten die Grundlage der sowjetischen Staatlichkeit: Sie wurden zunächst 1922 in der Erklärung über die Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und dann, nach Lenins Tod, in der Verfassung der UdSSR von 1924 verankert (...) Aus der Sicht des historischen Schicksals Russlands und seiner Völker waren die Leninschen Prinzipien des Staatsaufbaus nicht nur ein Fehler, sondern, wie man sagt, weit schlimmer als ein Fehler“ (1).

Dass niemand der bürgerlichen, westlichen PolitikerInnen, HistorikerInnen und JournalistInnen Lenins Nationalitätenpolitik gegen Putin verteidigte, hat einen triftigen Grund: Lenins Betonung des demokratischen Rechts einer unterdrückten nationalen Minderheit auf Selbstbestimmung bis hin zur Los-trennung ist für sie unannehmbar, weil es auch das Recht der Russinnen und Russen u.a. nationaler Minderheiten in der Ukraine bedeuten würde, selbst zu entscheiden, ob sie sich mit einer Autonomie innerhalb der Ukraine begnügen, für unabhängig erklären oder Russland anschließen würden.

Das herrschende bürgerliche Völkerrecht garantiert die Unverletzlichkeit der Grenzen der bestehenden Staaten. Es macht eine Entscheidung über die drei Optionen auch von der Zustimmung *der vorherrschenden Nationalität abhängig* und schließt somit eine Abspaltung z.B. der KurdInnen in der Türkei aus.

Sicherlich sind Abspaltung und Bildung kleinerer Staaten in einer Welt, in der die Produktivkräfte im Widerspruch zu den nationalen Grenzen stehen, rückschrittlich, aber es sollte das demokratische Recht einer unterdrückten nationalen Minderheit verteidigt werden, selbst über ihre Zukunft zu entscheiden.

Den „Krieg um das Ruhrgebiet der Ukraine“ haben wir an anderer Stelle verurteilt ([www.riruhr.org](http://www.riruhr.org)) und dargestellt, dass eine klare Haltung zum Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationalitäten, vor allem aber zum Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse, notwendig ist.

Duisburg, 20.02.2023



**Emmanuel Quiring 1888-1937.** 1918 Mitbegründer der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der Ukraine . Unter Stalin ermordet.

---

## 2.0 Nationalitätenstaat Russland

Das zaristische Russland war kein Nationalstaat der Russinnen und Russen, sondern ein Staat vieler Nationalitäten, in der die herrschende russische Bevölkerung nur 43 Prozent der Gesamteinwohnerschaft stellte. Die Summe der nationalen Minderheiten bildete die Mehrheit im gesamten Zarenreich. An den Ränder Russlands z.B. in Polen und der Ukraine, in den baltischen Ländern und in Finnland, im Kaukasus und östlich des Urals war die nicht-russische Bevölkerung in der Mehrheit..

Die Arbeiterklasse in St. Petersburg, überwiegend Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter, war mehrheitlich russisch, umfasste aber starke deutsche, finnische, lettische und polnische Minderheiten. So arbeiteten in der Fabrik Leßner überwiegend Finnen. Metaller aus West- und Nordeuropa kleideten sich europäisch, die qualifizierten Russen ahmten ihnen nach. Deutsche Metallfacharbeiter stellten oft die Vorgesetzten. Wie auch manche Finnen sahen sie verächtlich auf ihre russischen Untergebenen herab. Solidarität war nicht leicht herzustellen, gegenseitiger Diebstahl von Werkzeugen weit verbreitet (2).

Jede revolutionäre Strategie musste sich zur nationalen Unterdrückung der Mehrheit der Völker Russlands verhalten. Für die 1898 gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) wurde eine Stellungnahme zu den unterdrückten Nationalitäten unausweichlich. Sie war auch deshalb erforderlich, weil die Sozialdemokratie in den Randgebieten des Zarenreiches besonders stark wuchs. In Polen, Litauen, Lettland und Finnland gab es eigenständige Arbeiterparteien: den *Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund von Litauen, Polen und Russland* (*Algemeyner Yidisher Arbeter Bund in Lite, Poyln un Rusland* – kurz *Bund*) als erste Arbeiterpartei des Zarenreichs, die Sozialdemokratie Polens und Litauens (hier SDPuL), die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands (SDAPL) und in Finnland die im Verhältnis zur Bevölkerung stärkste Sozialdemokratie Europas, welche außerhalb der SDAPR blieb. Der auf dem 2. Parteitag wiedergegründeten SDAPR schloss sich auch der *Bund der armenischen Sozialdemokraten* an.

Die SDAPR war vor 1917 offiziell keine Föderation völlig unabhängiger Parteien wie die Sozialdemokratie in Österreich-Ungarn, trug aber durch die kollektiven Mitgliedsparteien SDPuL, SDAPL und Bund stark föderative Züge:

Im Westen Russlands waren selbst klassenbewusste Arbeiterinnen und Arbeiter nach Nationalitäten organisiert. Zudem besaßen die Sozialdemokratie Polens und Litauens, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands, der Bund und außerdem die bürgerliche Polnische Sozialistische Partei PPS eigene Gewerkschaften. Demonstrationen zum 1. Mai fanden nicht gemeinsam, sondern getrennt, sogar an verschiedenen Tagen statt. Im Unterschied zu ihnen versuchte die SDAPR, alle klassenbewussten Arbeiterinnen und Arbeiter gemeinsam zu organisieren, was wegen der starken Konkurrenz der anderen Parteien in diesen Landesteilen nur ausnahmsweise gelang. In der Ukraine fasste die SDAPR in den Städten unter Russinnen und Russen, Jüdinnen und Juden Fuß, während die Sozialrevolutionäre Partei hauptsächlich aus Ukrainerinnen und Ukrainern bestand. Zusätzlich organisierte in den ukrainischen Städten der jüdische Arbeiterbund eigene, separate Gruppen, obwohl er der SDAPR angehörte (3).

## 2.1 Der § 7 bzw. § 9 des Parteiprogramms der SDAPR

Schon im 1895-1896 geschriebenen *Entwurf und Erläuterung des Programms der Sozialdemokratischen Partei* - als Organisation existierte sie nicht einmal - forderte Lenin die Gleichberechtigung aller Nationalitäten (Lenin Werke, 2/89) (4). Ein Jahr später meinte er, dass die Sozialdemokratie jede revolutionäre Bewegung und unterdrückte Völkerschaft gegen die zaristische Gesellschaftsordnung unterstützen müsse. Dabei dürfe sie die Klassegegensätze nicht übergehen (2/336 f). Dies blieb immer Lenins Grundsatz.

Als 1899 die sog. 'Ökonomen' den Kampf der SDAPR auf Arbeiterforderungen beschränken wollten, proklamierte eine von Lenin verfasste Protestresolution den Kampf gegen jegliche Form von Unterdrückung (4/174). Für ihn stand die Arbeiterklasse im Kampf gegen den Zarismus auf Seite der verfolgten polnischen, finnischen und jüdischen Minderheiten (4/208).

---

(3). O. Pjatnizki, Aufzeichnungen eines Bolschewiks, Wien 1927, S. 18 f.

(4). Im Folgenden abgekürzt Band-Nummer/Seite: Bd. Nr./S.

---

1901 wandte sich Lenin gegen die Aufhebung der finnischen Verfassung durch den Zarismus. Der Kampf gegen die Unterdrückung nationaler Minderheiten wurde zum festen Bestandteil der Propaganda der SDAPR.

1903 lebten Lenin und Krupskaja in London. Bei ihren zahlreichen Spaziergängen erkannte er in der riesigen Stadt nur „zwei Nationen“ - arm und reich (5). Auf dem 2. Parteitag der SDAPR von 1903 stritten sich Bolschewiki und Menschewiki über das Statut, nicht aber über das Programm der Partei. Dessen § 7 (der spätere § 9) forderte das Selbstbestimmungsrecht. Der Verzicht darauf hätte nach der Meinung Plechanows den Ruf *Proletarier aller Länder vereinigt euch* in „eine schändliche Lüge“ verwandelt.

Als kollektives Gründungsmitglied der SDAPR verlangte der jüdische Arbeiterbund eine Änderung des § 7. Unterdrückten Nationalitäten solle „die volle Freiheit der kulturellen Entwicklung“ zukommen. Dagegen wandten sich nicht nur Lenin und Plechanow, sondern auch Martynow, Martow und Kolzow. Mit allen Stimmen gegen die Bundisten lehnte der Parteitag (20/353) zwei Anträge von Liber und Goldblatt ab, die Lenin als identisch mit der Forderung nach ‚national-kultureller Autonomie‘ ansah.

Auch die beiden Gastdelegierten der Sozialdemokratischen Partei Polens und Litauens (SDPuL), die erst 1906 als kollektives Mitglied in die SDAPR eintrat, verlangten Änderungen im Programm. Warszawski und Hanecki, mit dem Standpunkt Rosa Luxemburgs zu den unterdrückten Nationalitäten übereinstimmend, schlugen in einer Neufassung des § 7 „Institutionen“ vor, „die allen dem Staatsverband angehörenden Nationen volle Freiheit der kulturellen Entwicklung garantieren“. Diese etwas verschwommene Formulierung rief in der Programmkommission, zu ihr gehörten auch Plechanow und Lenin, beißenden Spott hervor. Die Forderung sei von den liberalen Kadetten abgeschrieben (20/448f). Auf den Einwand von Warszawski und Hanecki, die Selbstbestimmung der Nationen sei im Kapitalismus ‚undurchführbar‘, antworteten Plechanow und Lenin mit schallendem Gelächter (22/332). Auch Martow fand, das Selbstbestimmungsrecht widerspreche nicht der Entwicklung des Kapitalismus (23/47). Warszawski und Hanecki verzichteten darauf, ihre Ansicht noch einmal dem Plenum vorzutragen und verließen empört den Parteitag.

---

(5). N.K. Krupskaja, Erinnerungen an Lenin, Teil 1, Wien/Berlin 1929, S.81.

---

Selbst nach der vorübergehenden Spaltung in zwei sozialdemokratische Parteien galt Bolschewiki und Menschewiki weiterhin das gemeinsame Parteiprogramm mit dem § 9 zum Selbstbestimmungsrecht. Als nach der Wiedervereinigung 1906 die SDPuL der SDAPR beitrug, tat sie das trotz des Paragraphen 9. Zu keinem Zeitpunkt, auf keiner späteren Konferenz und auf keinem Parteitag brachten weder Rosa Luxemburg, noch irgendein anderes Mitglied der SDPuL einen Antrag zur Änderung des § 9 ein (20/448f). Erst 1916 meldete sich die Warschauer Abspaltung der SDPuL mit einem Beitrag in der Gazeta Robotnicza zu Wort. Eine allgemeine Diskussion in der Zweiten Internationale zu den unterdrückten Nationalitäten hatte es nach Lenin vor 1916 mit Ausnahme der Sozialdemokratie Hollands, Polens und Russlands nicht gegeben (22/326).

Ein halbes Jahr vor der Oktoberrevolution 1917 änderte das ZK der SDAPR den § 9 auf Initiative Lenins. Nun lautete er: „Recht auf Lostrennung und Bildung eines eigenen Staates für alle Nationen, die zum Staat gehören. Die Republik des russischen Volkes soll andere Völker oder Völkerschaften nicht durch Gewalt an sich ziehen, sondern ausschließlich durch freiwillige Verständigung über die Schaffung eines gemeinsamen Staates. Die Einheit und das brüderliche Bündnis der Arbeiter aller Länder vertragen sich weder mit einer direkten noch mit einer indirekten Vergewaltigung anderer Völkerschaften“ (24/462). Eine spätere Konsequenz war die Union von Räterepubliken. Für Trotzki bedeutete Lenins Eintreten für den § 9 den Kampf gegen jede Form nationaler Unterdrückung z.B. ein Festhalten in den Grenzen des Staates, aber keine Verteidigung des Separatismus (6).



**Andrej Bubnow 1883-1938.** 1918 Mitbegründer der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der Ukraine . 1938 unter Stalin ermordet.



## 2.2 Für das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse

Während der Aufbauphase der SDAPR sah Lenin die erste Aufgabe in Bezug auf die unterdrückten Nationalitäten darin, möglichst viele Arbeiter und Arbeiterinnen aller Nationalitäten „zusammenzuschweißen“ (6/322). Indem die SDAPR Gewalt zur Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechtes ablehnte, verteidigte sie nach Lenin nicht etwa die Selbstbestimmung der Völker, sondern die Selbstbestimmung des Proletariats gegenüber der Unterdrückung der Herrschenden. Zu diesem Zeitpunkt begriff er die Forderung nach Autonomie nicht als programmatische Verpflichtung, sondern als Ausnahme (6/323). Er sollte sich irren.

Die noch wenig entwickelten Positionen der SDAPR zu den unterdrückten Nationalitäten führten zu einer Polemik mit der *Polnischen Sozialistischen Partei (Polska Partia Socjalistyczna – PPS)*, die von der SDAPR nicht als sozialdemokratisch anerkannt wurde. Die PPS warf der SDAPR „Nebelhaftigkeit“ und „Anarchismus“ in der nationalen Frage vor und unterstellte ihr, Sprache, Nationalität und Kultur als bürgerliche Erfindungen abzutun, um sich allein auf die vollständige Vernichtung des Kapitalismus zu konzentrieren (6/453). In seiner Antwort unterstrich Lenin die bedingungslose Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes. Das verpflichtete die SDAPR jedoch keineswegs, jede Forderung nach nationaler Selbstbestimmung zu unterstützen.

Als wichtige Aufgabe sah Lenin die engste Verbindung des Proletariats aller Nationalitäten und die Förderung der Selbstbestimmung des Proletariats innerhalb jeder Nation. Ein neuer bürgerlicher Klassenstaat oder eine Föderation waren nicht seine Ziele (6/452). In seinen Augen bezog die PPS mit ihrem bedingungslosen Eintreten für die nationale Unabhängigkeit einen bürgerlich-demokratischen Standpunkt wie die russischen Sozialrevolutionäre mit ihrem bedingungslosen Eintreten für das Recht auf nationale Selbstbestimmung (6/453f). Für Lenin war die Politik zu den unterdrückten Nationalitäten dem Klassenkampf des Proletariats untergeordnet. Seine Position berücksichtigte die Illegalität der sozialistischen Parteien, die erst am Anfang ihrer Entwicklung standen. Politisch ausreichend war sie nicht.

---

### 2.3 Mit Kautsky gegen Mehring

In seinen ersten Stellungnahmen zu den unterdrückten Nationalitäten berief sich Lenin auf Karl Kautsky, den damaligen 'Papst des Marxismus'. Seit 1896 befürwortete Kautsky jeden Schritt Polens in Richtung Unabhängigkeit, soweit mit den Klasseninteressen des internationalen Proletariats vereinbar (7). Das ging weit, war aber nicht bedingungslos (6/453f). Mit der Übernahme von Kautskys Standpunkt grenzte sich Lenin vom revolutionären Marxisten Franz Mehring ab, der die Bedeutung der nationalen Frage relativierte und eine Wiedergeburt Polens nur durch eine soziale Revolution für möglich hielt. Lenin kritisierte Mehrings „Doktrinarismus“ d.h. Sektierertum. Allerdings hielt auch Lenin im Kapitalismus die Möglichkeit der Schaffung einer freien und unabhängigen polnischen Republik für verschwindend gering (6/457f). Auf dem 3. (bolschewistischen) Parteitag von 1905 sah er in der nationalen Selbstbestimmung und vollen Unabhängigkeit nur eine Anwendung des Parteiprogramms der SDAPR (8/400). Wie Kautsky unterschied Lenin zwischen Nationalstaaten als moderner Staatsform und rückständigen Staaten, die mehrere Nationalitäten umfassen.

Erst Jahre später sollten die Differenzen zwischen Lenins und Kautskys Positionen klarer werden. Denn Lenin wies der Sozialdemokratie in einem Nationalitätenstaat unterschiedliche Aufgaben in der herrschenden und in der unterdrückten Nationalität zu. Praktisch behielten Kautsky und Lenin im Fall Polens gegenüber Mehring Recht.

In der ersten russischen Revolution 1905 forderten die Menschewiki von den oppositionellen bürgerlichen Parteien, Stellung gegen alle Beschränkungen der Rechte einzelner Nationalitäten und gegen jede Form der nationalen Unterdrückung zu beziehen (9/275). Für Lenin war die Befreiung aller Völker ein erstrangiges Ziel der russischen Revolution (10/4). Allerdings stand für ihn der Klassengegensatz im Vordergrund. Das Volk teile sich in Eigentümer und Lohnarbeiter, die zwei verschiedene Nationen repräsentierten (9/303). Die Arbeiterklasse müsse als „konsequenter Demokrat“ die Freiheit der unterdrückten Völkerschaften verteidigen und ihre Selbstbestimmung fordern (8/570). Die sozialdemokratische St. Petersburger Tageszeitung *Natschalo*, geleitet von Parvus und Trotzki, hielt die Nationalitätenfrage in der Schweiz praktisch für gelöst (8).

---

Für den Revolutionär Karl Radek spielte in der Revolution 1905 das Selbstbestimmungsrecht „nicht die geringste Rolle“. Denn der revolutionäre Massenkampf erzwingt den Zusammenschluss über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg (9). Auch auf dem 5. Parteitag vom Mai/Juni 1907, auf der die Fraktion der Bolschewiki, die SDPuL und die Lettische Sozialdemokratie die Führung der vereinigten SDAPR übernahmen, stand nicht die Frage der unterdrückten Nationalitäten im Mittelpunkt, sondern das Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien und damit der Charakter der Revolution (15/225). „In der Ära der Konterrevolution“ 1907 - 1911 trat die Politik zu den unterdrückten Nationalitäten mehr in den Vordergrund (10).

## 2.4 Autonomie, Föderation, Sprache

Ab Mitte 1913 trat Lenin für eine umfassende Autonomie ein, die er vorher nur als Ausnahme betrachtet hatte. Gebiete mit besonderen Lebensbedingungen oder einer besonderen nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung sollten sich autonom selbstverwalten, ihre Institutionen allgemein, gleich und geheim wählen und die Rechte der nationalen Minderheiten gesetzlich schützen (19/236). Für ein ‚Recht auf Autonomie‘ war Lenin nicht, sondern prinzipiell für die Autonomie der verschiedenen Nationalitäten (20/446). Dabei berief er sich auf Engels, für den Zentralismus lokale ‚Freiheiten‘ nicht ausschloss. Als Anhänger des demokratischen Zentralismus waren die Sozialdemokraten gegen Nationalismus und Partikularismus. Herrschte Gewalt zwischen Nationen, verteidigte Lenin entschieden das Recht jeder Nation, sich politisch selbst zu bestimmen und sich loszutrennen – „ohne im entferntesten unbedingt die Lostrennung jeder Nation zu verfechten“. Näher lag die Autonomie. Ein demokratischer Staat erkenne besonders die Autonomie der Gebiete mit verschiedenartiger nationaler Zusammensetzung der Bevölkerung an. In einem großen, bunt gemischten Staat könne „ein wirklich demokratischer Zentralismus nur mittels der Autonomie der Gebiete verwirklicht werden“ (20/218 f).

---

7. Karl Kautsky, *Finis Poloniae?*, in: *Die Neue Zeit*, 14. Jhg., 2. Bd, Nr. 43, Stuttgart 1895-96, S. 520.

8. *Natschalo* Nr. 1, Petersburg 28.11.1905.

10. Karl Radek, *Thesen der Gazeta Robotnicza über Imperialismus und nationale Unterdrückung*, in: *Vorbote*, Nr. 2, April 1916.

10. *Ebenda*.

---

Während des Ersten Balkankriegs 1912-13 trat Lenin nicht nur für die „volle Selbstbestimmung der Völker“, sondern auch für eine föderative Balkanrepublik ein. Eine Föderation völlig demokratischer Staaten könne die Freiheit der slawischen und türkischen Bauern sichern, die feindlichen Gutsbesitzer und Regierungen schwächen. Unterdrückte Völker, die sich gegenseitig bekriegen, würden nur ihre Unterdrückung verstärken (18/345).

Trotz der Schwäche des Proletariats und der Zersplitterung der Bauernschaft, die zu einem Bündnis der Balkanmonarchien geführt hatte, war für Lenin der erste Balkankrieg ein Meilenstein „zur Vernichtung der Überreste des Mittelalters in ganz Osteuropa“ (18/361) Er schloss sich der Ansicht des Austromarxisten Otto Bauer an, für den mit der Eroberung Mazedoniens durch Bulgarien und Serbien die bürgerliche Revolution auf dem Balkan begann (18/390). Ziel der Arbeiterklasse sei die Bildung von vereinigten Nationalstaaten und die Befreiung der Bauernschaft aller Nationalitäten vom Joch der Grundherren (19/20).

Doch setzte Lenin das Recht auf Selbstbestimmung nicht mit dem Recht auf eine Föderation gleich. Unter ihr verstand er ein freiwilliges Bündnis von Gleichen. Ansonsten hielt der Inspirator der späteren Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken die Föderation für einen „untauglichen Typus von Staat“. Der Föderation stellte er die Autonomie für alle Nationalitäten und das Recht auf Lostrennung entgegen. Die Lostrennung selbst strebte er nicht an (19/495f).

Bei der Gleichberechtigung der Sprachen unterstützte Lenin den Vorschlag, in einem gemeinsamen Parlament unterschiedliche Sprachen zu sprechen. Würden jegliche Privilegien der herrschenden Nationalität entfallen und keine Sprache aufgezwungen, könnten sich alle leicht verständigen. Im Wirtschaftsverkehr setze sich die Sprache durch, die vielen Menschen Vorteile bringe (19/345f).

In einem Brief an den SDAPR-Funktionär Schaumian sprach sich Lenin gegen jeglichen Zwang beim Erlernen einer Sprache aus. Zwar habe die russische Sprache für kleine und rückständige Nationen eine fortschrittliche Bedeutung. Aber die wäre noch viel größer, würde sie ohne Zwang gelehrt. Eine ‚Staatssprache‘ stoße die Menschen von der russischen Sprache ab. Die psychologische Seite der nationalen Frage sei besonders wichtig, da „der geringste Zwang“ eine Zentralisierung in einem großen Staat mit einheitlicher Sprache zunichtemache (19/494f). Zwar solle jeder Einwohner Russlands die russische Sprache erlernen können, aber Lenin wollte „die Menschen nicht mit dem Knüttel in das Paradies treiben“ (20/61).

---

Zum Streit der bürgerlichen Parteien in der Sprachenfrage forderte die SDAPR „als Gegengewicht gegen jeden bürgerlichen Nationalismus“: „unbedingte Einheit und restlose Verschmelzung der Arbeiter aller Nationalitäten in allen Gewerkschaften, Genossenschafts-, Konsum-, Bildungs- und in allen anderen Arbeiterorganisationen“ (19/347).

## 2.5 Vor dem 1. Weltkrieg

Vor 1913 galt Lenin in der SDAPR nicht als Experte für unterdrückte Nationalitäten. Das gab er auch offen zu. Er äußerte seine Meinung und entwickelte erst nach und nach seine Position. Bis Mitte 1913 hatte sich Lenin mit dem Problem nicht ausführlich beschäftigt. Er fing an, es „ein wenig“ zu studieren, hielt Referate, wollte sich aber von anderen belehren lassen, „die diese Frage mehr und länger studiert haben“ (19/496). Bescheiden sah er sich als Schüler, war offen für Expertenwissen. Trotzki's Behauptung, dass Lenin 1913 hier Stalins „Lehrmeister“ gewesen sei (11), ist schon deshalb haltlos, weil Lenin sich selbst nicht als Lehrmeister sah. Immerhin war er durch ihr Studium auf den Ersten Weltkrieg vorbereitet. Nun ergänzte er seine Positionen zur nationalen Frage in Bezug auf Annexionen, Kolonien und die sozialistische Revolution.

Herausgefordert durch zwei Balkankriege und in Erwartung eines imperialistischen Weltkriegs begann Lenin, sich ab 1913 systematisch mit der Haltung zu den unterdrückten Nationalitäten auseinanderzusetzen. Dem bürgerlichen polnischen, jüdischen, ukrainischen, georgischen Nationalismus, der die Arbeiterklasse von ihren internationalen Aufgaben ablenke, stand er feindlich gegenüber. In der Zeit bürgerlicher Revolutionen habe die Bourgeoisie für die Freiheit des ganzen Volkes und für die Gleichberechtigung der Nationen gekämpft. Im Zeitalter des Imperialismus fürchte die Bourgeoisie die Arbeiter und suche ein Bündnis mit der Reaktion. Die Bourgeoisie verrate den Demokratismus, unterstütze die Unterdrückung der Nationen, trete gegen ihre Gleichberechtigung auf und demoralisiere die Arbeiter durch nationalistische Losungen. Um die Freiheit der Nationen und die Einheit der Arbeiter zu verteidigen, brauche es vor allem zwei Forderungen: Keinerlei Privilegien für eine Nation und Sprache. Keine Beschränkungen und Ungerechtigkeiten gegenüber nationalen Minderheiten (19/75).

---

(11) Trotzki, Leo, Stalin. Eine Biographie, Essen 2001, S. 204.

---

Anfang 1913 schrieb er an Gorki: „Hinsichtlich des Nationalismus bin ich vollkommen ihrer Meinung, daß man sich damit ernstlicher befassen müsste (...) Hier und im Kaukasus haben die S.-D. [Sozialdemokraten - P.B.] unter den Grusiern, Armeniern, Tataren, Russen gemeinsam, in einer s.-d. Organisation aber zehn Jahre lang gearbeitet. Das ist keine Phrase, sondern die proletarische Lösung der nationalen Frage. Die einzige Lösung. So war es auch in Riga: Russen, Letten, Litauer; es lösten sich nur die Separatisten – der `Bund – los. Dergleichen in Wilna“ (12).

Im Juni 1913 veröffentlichte Lenin seine erste umfangreiche Arbeit zu den unterdrückten Nationalitäten. Er konkretisierte das Programm der SDAPR, indem er die Selbstbestimmung der Nationen um das Recht auf Lostrennung und Bildung eines selbstständigen Staates erweiterte. Als Gründe führte er Prinzipien der Demokratie, unterschiedliche Bedingungen der Nationen, Bildung neuer Nationalstaaten und den reaktionären Charakter Russlands an. Wenn eine Nation die Lostrennung wünsche, dürfe allein die Bevölkerung des betreffenden Gebietes in einer allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Abstimmung entscheiden. Ob eine Lostrennung auch zweckmäßig sei, sei abhängig von den Klasseninteressen des Proletariats, dem Stand des Kapitalismus, der Unterdrückung der Proletarier verschiedener Nationen durch die vereinigte Bourgeoisie und von den allgemeinen Aufgaben der Demokratie (19/234). Der Sturz der Monarchie in Russland erfordere das gemeinsame Handeln „des vereinigten Proletariats aller Nationen“. Wer als Arbeiter die politische Einheit mit `seiner` Bourgeoisie höher als die Einheit mit den Proletariern aller Nationen stelle, handele gegen seine eigenen Interessen (19/235).



**Iwan Gussenko** 1889-1965. 1918 Mitbegründer der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der Ukraine .

Obwohl gerade erst begonnen, flossen Lenins Studien zu den unterdrückten Nationalitäten in die Sommertagung des Zentralkomitees der SDAPR-ZK ein. Das zeigt nur, wie unterentwickelt hier der Standpunkt der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (ZK) war. In seiner Analyse ging Lenin von den Widersprüchen des Kapitalismus aus. Demnach war eine Lösung der nationalen Frage von einer restlos demokratischen, republikanischen Staatsordnung abhängig, die die völlige Gleichberechtigung aller Nationen und Sprachen gewährleiste, an den Schulen in allen örtlich vertretenen Sprachen unterrichte und keine Staatssprache festlege. Die auf der Tagung angenommene Resolution beinhaltete das gesetzliche Verbot aller Privilegien einer Nation, Verfolgung von Verstößen gegen die Rechte einer nationalen Minderheit, eine weitgehende Gebietsautonomie mit demokratischer lokaler Selbstverwaltung, Abstimmung allein der örtlichen Bevölkerung über die Grenzen der autonomen Gebiete.

Die Resolution trat für den Zusammenschluss der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Nationalitäten eines Staates in einheitlichen proletarischen Organisationen ein. Nur ein vereintes Proletariat könne gegen das internationale Kapital und gegen die Reaktion siegreich kämpfen. Die SDAPR müsse unbedingt für das Recht der unterdrückten Nationalitäten auf Selbstbestimmung, d.h. für das Recht auf Lostrennung und Bildung eines selbständigen Staates eintreten. Ob eine Lostrennung allerdings zweckmäßig sei, müsse abhängig von der gesellschaftlichen Entwicklung und den Interessen des Proletariats entschieden werden (19/421). Wichtig war für Lenin, dass nicht das zentrale Parlament, sondern allein ein Landtag oder ein Referendum der sich lostrennenden Minderheit über das Recht auf Selbstbestimmung entscheide (19/539).

Im Juli 1913 nahm Lenin gegen einen Artikel der liberalen Konstitutionellen Demokraten Stellung, der den ukrainischen 'Separatismus' verurteilt hatte. Marxisten ließen sich niemals mit einer nationalen Losung den Kopf verdrehen, sei sie großrussisch, polnisch, jüdisch oder ukrainisch. Sie würden aber auch nicht ihre elementare Pflicht als Demokraten vergessen, jede Hetze gegen irgendeine Nation wegen 'Separatismus' zu bekämpfen und die völlige und vorbehaltlose Gleichberechtigung der Nationen und ihres Selbstbestimmungsrechts anerkennen (19/257). Ein großrussischer Demokrat müsse bei aller Kritik an diesem oder jenem Plan der Separation oder Lostrennung unbedingt für die Freiheit der Lostrennung, für das Recht auf Lostrennung agitieren (19/521).

---

Im Dezember kritisierte Lenin erneut die Kadetten-Partei. Aus dem bürgerlich-demokratischen Charakter demokratischer Forderungen könnten nur Anarchisten oder Opportunisten folgern, solche Forderungen nicht zu vertreten. Wer den Nationalismus erfolgreich bekämpfen wolle, müsse für das Selbstbestimmungsrecht eintreten (19/522f).

Ein halbes Jahr später polemisierte Lenin gegen die Liberalen, die die 'kulturelle Selbstbestimmung' auf den freien Gebrauch der Muttersprache reduzierten. Für Lenin beinhaltete das Selbstbestimmungsrecht der Nationen das Recht auf Lostrennung und auf einen selbstständigen Nationalstaat. Wer als Demokrat nicht die politische 'Selbstbestimmung' der Nationen propagiere, sei kein Demokrat (20/45). Für die Kadetten führe jedoch die politische Selbstbestimmung der Nationen direkt zum Zerfall des Staates (20/218f).

Lenin unterschied zwischen reaktionärem Nationalismus, der eine Nation privilegiert und ihr andere Nationen unterordnet, und bürgerlich-demokratischem Nationalismus, der zumindest in Worten die Gleichberechtigung der Nationen anerkennt, aber tatsächlich die eigene Nation bevorteilt und somit Nationen voneinander trennt. Klassenbewusste Arbeiter lehnten jede nationale Unterdrückung, alle nationalen Privilegien und jeden Nationalismus ab und organisierten den Zusammenschluss der Arbeiter aller Nationalitäten im Kampf gegen den bürgerlichen Nationalismus (19/544f).

Ergebnis seines intensiven Studiums war Lenins Artikel „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“, den er Ende 1913 veröffentlichte. Die darin enthaltenen Forderungen bildeten ein umfassendes Programm:

- Keine Privilegien für eine Nation und Sprache; politische Selbstbestimmung der Nationen bis hin zur Lostrennung auf demokratische Weise;
  - Einheit und restlose Verschmelzung der Arbeiter aller Nationalitäten in Gewerkschafts-, Genossenschafts-, Konsum-, Bildungs- und anderen Arbeiterorganisationen als Gegengewicht gegen jeden bürgerlichen Nationalismus;
  - Kampf gegen bürgerlichen Nationalismus; Gleichberechtigung der Nationen und Sprachen; Kampf gegen nationale Unterdrückung und Ungleichheit; Bündnis von Proletariat und demokratischer Bauernschaft gegen Großgrundbesitzer und Bourgeoisie;
  - Unterscheidung zwischen den 'Nationen' der Kapitalisten und der Arbeiterklasse innerhalb jeder modernen Nation;
  - Verbindung der ukrainischen Marxisten mit dem großrussischen klassenbewussten Arbeiter;
-



- Verteidigung der vollen Gleichberechtigung der Ukrainer und ihres Rechts auf Staatsbildung durch die großrussischen Marxisten;
- Gemeinsame, einheitliche Organisationen der großrussischen und ukrainischen Arbeiter, solange sie in einem Staat leben;
- Absolute Toleranz bei der Wahl der Sprache für die Propaganda;
- Anerkennung des Fortschrittlichen in der Geschichte nationaler Bewegungen. Kampf gegen jede nationale Unterdrückung, für die Souveränität des Volkes und der Nation. Auftreten der Marxisten in der nationalen Frage als entschiedenste und konsequenteste Demokraten;
- Beschränkung auf die „negative Aufgabe“ in der Unterstützung des Nationalismus durch das Proletariat. Keine „positive (bejahende) Tätigkeit“, die den Nationalismus der Bourgeoisie stärkt;
- Bekämpfung des feudalen Jochs, jeder nationalen Unterdrückung, aller Privilegien einer Nation oder einer Sprache. Proletarischer Klassenkampf statt nationalem Hass;
- Verteidigung des Rechts aller (Nationalitäten-)Verbände, sich zu gründen. Keine eigene Gründung von (Nationalitäten-)Verbänden;
- Konsequenter Demokratismus als einzige Lösung der nationalen Frage, soweit in der Welt des Kapitalismus überhaupt möglich;
- Gegen ´national-kulturelle Autonomie`, die die Nationen voneinander trennt und die Arbeiter einer Nation ihrer Bourgeoisie nähert;
- Ablehnung von Föderation und Dezentralisation, solange verschiedene Nationen einen Einheitsstaat bilden;
- Für demokratischen Zentralismus mit umfassender lokaler Selbstverwaltung, mit Autonomie von Regionen mit besonderen Wirtschafts- und Lebensbedingungen und besonderer nationaler Zusammensetzung der Bevölkerung. Verwirklichung des Zentralismus über lokale und regionale Autonomie. Keine bürokratische Einmischung in lokale, regionale Angelegenheiten;
- Autonome Bezirke ab 50.000 Einwohner. Erlaubnis sich auf verschiedenste Art und Weise mit Nachbarbezirken verschiedener Größe zu einer einheitlichen autonomen Region zu vereinigen;
- Autonome Bezirke selbst von geringer Größe mit geschlossener, einheitlicher nationaler Zusammensetzung für die Beseitigung jeder nationalen Unterdrückung. Möglichkeit für Angehörige einer Nationalität freie Verbände zu bilden, „die in allen Ecken und Enden des Landes oder sogar des Erdballs verstreut sind, zu diesen Bezirken ´tendieren`“;
- Völlige demokratische Selbstverwaltung (20/6f).

In der Geschichte der nationalen Frage differenzierte Lenin zwischen beginnendem und entwickeltem Kapitalismus: Am Anfang des Kapitalismus erwachten das nationale Leben und die nationalen Bewegungen, der Kampf gegen nationale Unterdrückung und die Herausbildung als Nationalität. In seinem höheren Stadium entwickelte der Kapitalismus die Nationen, riss nationale Schranken nieder, vereinigte Kapital, Wirtschaftsleben, Politik und Wissenschaft auf internationaler Ebene.

Im Anfangsstadium traten klassenbewusste Arbeiter für die Gleichberechtigung der Nationen und Sprachen, die Abschaffung aller Privilegien der Nationalitäten und für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen ein. Im höheren Stadium befürworteten sie Internationalismus und unversöhnlichen Kampf gegen die Verseuchung des Proletariats mit bürgerlichem Nationalismus. Gutsherrlicher und bürgerlicher Nationalismus zielten auf Zersplitterung und Demoralisierung der Arbeiterklasse. Als klassenbewusste Antwort empfahl Lenin die volle Gleichberechtigung und die praktische Einheit der Arbeiter aller Nationalitäten (20/100 f).

Für Lenin wirkte sich die nationale Frage unterschiedlich auf die Lohnabhängigen aus, je nachdem, ob sie zur unterdrückenden oder zur unterdrückten Nationen gehörten. Lohnabhängige aus unterdrückenden Nationen erhielten Anteile des von der Bourgeoisie aus den Lohnabhängigen der unterdrückten Nationen gepressten Überprofits, stiegen leichter zu 'Zwischenmeistern' und zur Arbeiteraristokratie auf, waren politisch privilegiert und verachteten oft die Lohnabhängigen der unterdrückten Nationen (23/48).

Die legale Parlamentsfraktion (Arbeiterfraktion) der SDAPR-ZK brachte im Frühjahr 1914 in die Duma einen Gesetzentwurf zur nationalen Gleichberechtigung ein. Der Antrag verlangte die Aufhebung aller nationalen Beschränkungen für alle Nationen (20/166f). Einen Monat später ging Lenin nochmals auf den Hintergrund für den Gesetzentwurf ein: Schwarzhundert-Pogromisten wollten Nationalitäten unterdrücken, Nationen in Gegensatz bringen und das Bewusstsein der unaufgeklärten und unterdrückten Massen vergiften. Die Arbeiterklasse brauche Einigkeit, um sich gegen jede Unterdrückung von Nationalitäten zu wehren (20/234f). Ein weiterer Gesetzentwurf Lenins für die Arbeiterfraktion vom Mai 1914 forderte konsequente Gleichberechtigung der Nationen, territoriale Autonomie (Selbstverwaltung) und Schutz für jede nationale Minderheit vor Übergriffen (20/280f).

---

Unter Selbstbestimmung der Nationen verstand Lenin zunächst die Selbstbestimmung des Proletariats innerhalb einer Nation (20/432). Nur die Einheit im Klassenkampf und der proletarischen Organisationen, die volle Gleichberechtigung aller Nationen könne dem Nationalismus widerstehen (20/457). In der SDAPR war das ein Gemeinplatz, den z.B. Trotzki und Parvus in ihrer Zeitung *Natschalo* schon während der ersten russischen Revolution formuliert hatten, als sie die Aufgabe der Sozialdemokratie darin sahen, das Proletariat sämtlicher Nationalitäten von den anderen Klassen loszulösen und zu vereinigen (13).

Als der erste Weltkrieg ausbrach, trat der Gründer der russischen Sozialdemokratie, Plechanow, an die Seite des imperialistischen Russlands. Lenin konnte das kaum glauben. Da er sich auch im Schweizer Exil befand, fuhr er extra mit seinem Sekretär Sinowjew nach Lausanne, um Plechanows Vortrag zu hören, der die Vaterlandsverteidigung des zaristischen Russlands verteidigte. Erst jetzt erfasste Lenin, wie groß die Krise des Sozialismus war (14). Im russischen Pariser Exil kursierte ein gemeinsamer Aufruf russischer und polnischer Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre, als Freiwillige in die französische Armee einzutreten. Doch die meisten Bolschewiki und Menschewiki im Exil lehnten den Krieg ab (15). Die Arbeiterfraktion in der Duma erklärte sich gegen den Krieg.



**Rafail Farbmann** 1893-1966. 1918 Mitbegründer der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der Ukraine . Führender linker Oppositioneller und Stalinkritiker. Überlebte die Haft von 1935-1956.

---

13 Natschalo Nr. 1, Petersburg 28.11.1905.

14 Sinowjew, Gregori, Statt einer Vorrede, [Petrograd] 8. März 1918, in: Lenin/Sinowjew, Gegen den Strom. Aufsätze aus den Jahren 1914-1916, Hamburg 1921, im Folgenden: N.N., Gegen den Strom, Seite.

15 Lenin, Gegen den Strom, S. 4.

---

## 2.6 Imperialismus und Kolonien, Krieg und Annexionen

Lenin setzte Imperialismus mit Unterdrückung von Nationen durch Großmächte gleich. In der Spaltung zwischen unterdrückenden und unterdrückten Nationen sah er das Wesen des Imperialismus. Sozialdemokraten der unterdrückenden Nation müssten die Freiheit der Lostrennung für die unterdrückten Nationen, Sozialdemokraten der unterdrückten Nationen die Einheit der Arbeiter der unterdrückten Nationen mit den Arbeitern der unterdrückenden Nationen propagieren (21/416f).

Imperialismus bedeute Kapitaleexport. Kapitalistische Produktion fände auch in Kolonien statt, die vom Finanzkapital abhängig sind. Die koloniale Befreiung setzte Lenin mit dem „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ gleich. Eine Lostrennung der Kolonien sei nur im Sozialismus möglich, im Kapitalismus eine Ausnahme „um den Preis von Revolutionen und Aufständen in Kolonie und Metropole“ (22/345). Das war offensichtlich eine Fehleinschätzung.

Zwar vertrat Lenin die Ansicht von Marx 'Die Arbeiter haben kein Vaterland', wobei er unterstrich, dass dies besonders für den entwickelten Kapitalismus gelte (16). Aber ein Krieg unterdrückter kolonialer Völker gegen imperialistische Großmächte sei 'Vaterlandsverteidigung'. Eine 'sozialistische Gesellschaft' herrsche weder über Kolonien noch über unterdrückte Nationen (23/60). Forderten Sozialdemokraten das Selbstbestimmungsrecht und die Freiheit der Kolonien und realisierten es nach der Machteroberung, dann nicht um die Lostrennung, sondern um die demokratische Annäherung und Verschmelzung der Nationen zu erleichtern. Gewaltsame Einheit von unterdrückten Nationen mit unterdrückenden Nationen lehnte Lenin ab (23/62 f.). Im März 1917 forderte Lenin den Frieden auf der Grundlage der Befreiung aller Kolonien und aller unterdrückten Völker (23/373).

1916 unterschied Lenin drei Typen von Ländern:

- Fortgeschrittene kapitalistische Länder, die als Großmächte fremde Nationen in den Kolonien und/oder im eigenen Land unterdrücken;

- Staaten in Osteuropa wie Österreich und Russland, Regionen wie der Balkan. Hier müsse das Proletariat das Selbstbestimmungsrecht der Nationen verteidigen, um seine eigenen bürgerlich-demokratischen Aufgaben zu erfüllen und den sozialistischen Revolutionen in anderen Ländern beizustehen. Der Klassenkampf solle die Arbeiter der unterdrückten und der unterdrückenden Nationen verschmelzen.
- In den Halbkolonien (China, Persien, Türkei) und allen Kolonien stehe die bürgerlich-demokratische Bewegung am Anfang. Sozialisten müssten die bedingungslose und sofortige Befreiung der Kolonien einfordern d.h. das Selbstbestimmungsrecht durchsetzen. Dafür müssten sie die *revolutionären Elemente* in den bürgerlich-demokratischen nationalen Befreiungsbewegungen dieser Länder bei Rebellionen, Aufständen, revolutionären Kriegen und im Kampf gegen die imperialistischen Staaten unterstützen (22/153).

Im Ersten Weltkrieg kämpften die Großmächte um Annexionen in Europa und für die Neuaufteilung der Kolonien. Lenin verstand unter „Annexion die gewaltsame Angliederung eines eroberten Gebietes und Fremdherrschaft als Form nationaler Unterdrückung“. Eine Annexion verletze das Selbstbestimmungsrecht und lege Staatsgrenzen gegen den Willen der Bevölkerung fest (22/342). Gegen Annexionen zu sein, heiße für das Selbstbestimmungsrecht sein (17).



**Lawrenti Kartwelschwili** 1890-1938. 1918 Mitbegründer der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der Ukraine . 1938 unter Stalin ermordet..

Die Selbstbestimmung der Nationen setzte Lenin mit ihrer vollständigen Befreiung, Unabhängigkeit und dem Verzicht auf Annexionen gleich (23/25). Als Friedensbedingung forderte er den Verzicht auf Annexionen. Es ging ihm nicht um die Rückgabe verlorener Gebiete, sondern um die freie Entscheidung aller Völker, ob in Europa oder den Kolonien, über ihre Staatszugehörigkeit bzw. über einen eigenen Staat selbst zu bestimmen (26/45).

Lenin stellte die Forderung nach Unabhängigkeit in einen größeren Zusammenhang. Für ihn war das Selbstbestimmungsrecht in einem Land den Interessen der internationalen Arbeiterklasse untergeordnet. So sei die Unabhängigkeit Polens keinen europäischen Krieg wert. Die Interessen der wenigen Polen seien nicht über die von hundert Millionen Menschen zu stellen (18).

Solidarisch kritisierte Lenin gegenüber Rosa Luxemburg die Leitsätze der Spartakusgruppe, die behaupteten, „in der Ära des Imperialismus (könne) es keine nationalen Kriege geben“. Lenin hielt nationale Aufstände für unvermeidbar, da der Imperialismus auf nationaler Unterdrückung basiere. Ein Krieg dürfe nicht nach einem Schema, sondern nur an Hand von Tatsachen analysiert werden (26/147). Im Unterschied dazu bekämpfte Lenin vehement die Auffassung Kautskys und seiner Anhänger, die nicht die Freiheit der Abtrennung forderten. Die Gegner der Freiheit der Abtrennung der Kolonien, Elsass-Lothringens, Polens oder der Dänen von Deutschland seien Chauvinisten (22/156).



**Yuri Kreisberg** 1898-1919. 1918 Mitbegründer der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der Ukraine .Im Bürgerkrieg ermordet.

## 2.7 Selbstbestimmungsrecht, nationaler Aufstand und sozialistische Revolution

Sich auf Marx berufend sah Lenin demokratische Forderungen wie das Recht auf Selbstbestimmung nicht als etwas Absolutes an. Das Proletariat müsse den Kampf für demokratische Forderungen dem revolutionären Kampf für die Niederwerfung der Bourgeoisie unterordnen. Im Gegensatz zum Anarchismus, der das „nationale Problem im Namen der sozialen Revolution“ verneinte, hebe Marx hervor: „Nie kann ein Volk, das andere Völker unterdrückt, frei sein“ (22/151).

Die Herrschaft des Finanzkapitals sei nicht durch Umgestaltungen der politischen Demokratie zu beseitigen, zu der das Selbstbestimmungsrecht gehöre. Die Herrschaft des Finanzkapitals hebe nicht im Mindesten die Bedeutung der politischen Demokratie als einer „freieren, weiteren und klareren Form der Klassenunterdrückung und der Klassenkämpfe auf“ (22/146).

Die Kritik der Revolutionäre richte sich nicht gegen die nationale Bewegung, sondern gegen die Bourgeoisie der unterdrückten Nation, die nur vom nationalen Aufstand rede. Nationale Streitigkeiten seien verachtenswert, trotzdem müsse der Kampf gegen nationale Unterdrückung bis hin zum Aufstand unterstützt werden. Lenin war jedoch dagegen, jeden Kampf gegen den Imperialismus zu unterstützen. Aufstände reaktionärer Klassen gegen Imperialismus und Kapitalismus unterstützte er nicht (23/57).

Das war nicht Gerede. Die SDAPR (ZK) war schon beim Moskauer Aufstand im Dezember 1905 eine treibende Kraft. Ihre bewaffneten Milizen kämpften gemeinsam mit den Selbstverteidigungskräften des Bund und der Sozialrevolutionären gegen die Pogrome der antisemitischen Schwarzhundert. Die SDAPR unterstützte 1908 die Kommune von Täbris mit Waffen und Kämpfern.

Den unterdrückten Nationalitäten in Russland biete eine siegreiche Revolution sofortige Lösungen: Freiheit der Lostrennung für alle; Weitestgehende lokale und nationale Autonomie und Rechte der nationalen Minderheiten (24/58); Freiheit der Lostrennung für Ukrainer, Finnen und Armenier. Räumung des von Russland besetzten Armeniens und von besetzten türkischen Gebieten (26/45f). Immer wieder unterschied Lenin zwischen dem Selbstbestimmungsrecht als *Recht* auf Freiheit der politischen Abtrennung von der unterdrückenden Nation und der Forderung nach Abtrennung, Zerstückelung, Bildung von Kleinstaaten. Um nicht auf den Sozialismus zu vertrösten, brauche die Verschmelzung der Nationen eine Übergangsperiode der völligen Abtrennungsfreiheit (22/147f).

---

Eine Ausnutzung der Forderung nach Selbstbestimmung durch andere Großmächte kalkulierte Lenin mit ein, deshalb könne man aber nicht auf dieses Recht verzichten (22/150) – das sei Verrat am Sozialismus (22/327). Zwar erschöpfe sich die Demokratie im Kapitalismus in begrenzten Rechten. Aber ohne den Kampf um diese Rechte sei der Sozialismus unmöglich (23/69).

Das gewaltsame Festhalten einer Nation innerhalb der Staatsgrenzen einer anderen Nation sei eine Form der politischen Unterjochung, die als Antwort die vollständige Gleichberechtigung der Nationen und die Freiheit der politischen Abtrennung erfordere. Der siegreiche Sozialismus könne weder auf die demokratische Bestimmung der Staatsgrenzen verzichten noch Nationen umfassen, die nicht zu ihm gehören wollten (22/330f). Für die Aufhebung der nationalen, politischen Unterdrückung sei die Aufhebung der Klassen, d.h. „die Einführung des Sozialismus unerlässlich“ (22/331). Nur völlig demokratische Verhältnisse auf allen Gebieten beseitigten die nationale Unterdrückung. Dazu gehöre auch die Festlegung der Staatsgrenzen - bis zur Freiheit der Lostrennung. Darin sah Lenin auch eine Grundlage für das mögliche Absterben des Staates (22/331).

Allerdings zählte für Lenin das Selbstbestimmungsrecht nicht absolut. Wäre eine republikanische Bewegung „Werkzeug einer klerikalen oder einer finanzkapitalistisch-monarchischen Intrige anderer Länder (...) dann dürfen wir diese gegebene, konkrete Bewegung nicht unterstützen“ (22/348f).

Die 7. Gesamtrussische Konferenz der SDAPR-ZK nahm am 16. Mai 1917 eine Resolution zu den unterdrückten Nationalitäten an, worin es hieß: „Allen Nationen, die zu Rußland gehören, muß das Recht auf freie Lostrennung und Bildung eines selbständigen Staates zuerkannt werden (...) Die Frage des Rechtes der Nationen darf nicht verwechselt werden mit der Frage der Zweckmäßigkeit der Lostrennung dieser oder jener Nation in diesem oder jenem Augenblick“. Die SDAPR (ZK) forderte u.a. Gebietsautonomie, keine Überwachung von oben, die Abschaffung der Staatssprache, Festlegung der Grenzen der Selbstverwaltungs- und autonomen Gebiete durch die örtlichen Bevölkerung (24/295f).



**Yuri Lutowinow** 1887-1924. 1918 Mitbegründer der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der Ukraine.



In Bezug auf Finnland unterstützte die SDAPR (ZK) das Selbstbestimmungsrecht bis hin zur Lostrennung, um die Autonomiebestrebungen zu stärken und eine Lostrennung zu verhindern (24/292). In Bezug auf die Ukraine wurde das Recht auf Lostrennung anerkannt, um die Einheit einer ukrainischen Republik mit einer russischen Republik zu ermöglichen (24/293). Nur Nachgeben führe zu einem brüderlichen Bündnis (25/89).

Je näher die sozialistische Revolution rückte, desto entschiedener wurde Lenin in Bezug auf die unterdrückten Nationalitäten. Anfang Oktober schlug er u.a. als Änderung für das Parteiprogramm vor: Statt Selbstbestimmungsrecht setzte er „einen ganz präzisen Begriff: Recht auf Lostrennung“. Nach einem halben Jahr Erfahrung mit der Revolution müsse die Partei das Recht auf Lostrennung für jede vom Zarismus unterdrückte Nationalität anerkennen, selbst wenn sie nicht die Lostrennung, sondern einen großen Staat, einen engen Bund, eine freie, revolutionäre Einheit wolle (26/163).



Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der Ukraine bei seiner Gründung 1918.

### 3. Offene Diskussionen

#### 3.1 Lenins Kritik am jüdischen Arbeiterbund

Auf der Augustkonferenz 1912 hatten Menschewiki und unabhängige sozialdemokratische Gruppen die Forderung des jüdischen Arbeiterbundes nach 'national-kultureller Autonomie' anerkannt. Das stand für Lenin im Widerspruch zum Internationalismus der Sozialdemokratie. Für ihn war die 'national-kulturelle' Autonomie des Bundes eine Form von bürgerlichem Nationalismus. Die Forderung vereine Proletariat und Bourgeoisie zu einer Nation und trenne die Proletarier verschiedener Nationen. Dagegen setzte Lenin die Einheit der Arbeiter aller Nationalitäten bei vollständiger Gleichberechtigung der Nationalitäten und konsequentem Demokratismus des Staates (19/100).

Auch die Bourgeoisie in Österreich und in Russland ziele mit der Forderung nach 'nationaler Kultur' auf die Zersplitterung der Arbeiter und auf die Schwächung der demokratischen Bewegung. Der 'nationalen Kultur' setzte Lenin die internationale Kultur des Demokratismus und der Arbeiterbewegung entgegen. Eine Lösung für die unterdrückten Nationalitäten, soweit im Kapitalismus überhaupt möglich, erfordere konsequenten Demokratismus, keine Privilegien für irgendeine Nation und Sprache; Möglichkeit der Selbstbestimmung der Nationen, d.h. ihrer staatlichen Lostrennung, auf völlig freiem, demokratischen Wege (19/345f). Von der jeweiligen 'nationalen Kultur' seien nur ihre konsequent demokratischen und sozialistischen Elemente zu übernehmen (19/237).

Im Sommer 1913 plante die zaristische Selbstherrschaft, die jüdischen SchülerInnen über eine 'Nationalisierung der jüdischen Schule' in besonderen jüdischen Lehranstalten zu separieren. Das Schulwesen sollte vom Staat auf die Nationalität übertragen, tatsächlich aber die Juden und Jüdinnen von allen anderen staatlichen und privaten Lehranstalten ausgeschlossen werden. Lenin forderte einheitliche Schulen für alle Kinder aller Nationen. Dabei kritisierte er erneut den jüdischen Arbeiterbund, dessen 'national-kulturelle Autonomie' der zaristischen 'Nationalisierung der jüdischen Schule' in die Hände spiele (19/298). Verbinde die Wirtschaft die in einem Staat lebenden Nationen, so sei es reaktionär, sie in den Schulen zu trennen. Das Schulwesen müsse die Vereinigung der Nationen vorbereiten. Wer die Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten fordere, sei kein Demokrat (19/499).

---

In diesem Zusammenhang fällt Lenin ein vernichtendes Urteil über die „opportunistischen, spießbürgerlichen Intellektuellen (...) in dem rückständigen, feudalen, klerikalen, bürokratischen Österreich“, die die Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten erfunden hätten. In Österreich sei das Leben durch „das elendig-kleinliche Gezänk (...) wegen der Sprachen gehemmt“ (19/500). Auch die Interessen eines einzelnen georgischen Kindes unter 48.076 Schülern Petersburgs seien zu schützen, indem ihm möglichst unentgeltlich georgischsprachige Bücher und Lehrer, ein staatlicher Klassenraum für Unterricht in Georgisch und in georgischer Geschichte zur Verfügung gestellt werde. So könnten in den Schulen die Nationalitäten vereint bleiben. Vollständige örtliche Selbstverwaltung bedeute, der Mehrheit der karelischen Kinder in Kem, der syrjänischen Kinder in Petschora und der Minderheit der lettischen Kinder in Nowgorod nichts mit Gewalt aufzuzwingen (19/528f). Wirkliche Gleichberechtigung der Nationen und konsequenter Demokratismus mache die ‚national-kulturelle‘ Autonomie überflüssig (20/117).



**Pinkas Rowner 1875-1919.** 1918 Mitbegründer der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der Ukraine . Im Bürgerkrieg ermordet.

### 3.2 Lenins Polemik gegen Rosa Luxemburg

In der Debatte über das Selbstbestimmungsrecht für Polen, das zum russischen Zarenreich gehörte, hatte es beim Internationalen Sozialistenkongress 1896 in London drei verschiedene Standpunkte gegeben: Die PPS-Fracy forderte die Unabhängigkeit Polens. Rosa Luxemburg sprach gegen die Unabhängigkeit, weil sie gegen das Selbstbestimmungsrecht war. Karl Kautsky war allgemein gegen die Unabhängigkeit Polens, meinte aber, polnische Marxisten könnten diese durchaus fordern. Für Lenin war zwar die Forderung von Marx und Engels nach Unabhängigkeit Polens von der Geschichte überholt, da Polen seine Sonderstellung in der revolutionären Bewegung verloren habe, aber er teilte Kautskys Standpunkt, dass die „Aufgaben der nationalen Befreiung“ einer unterdrückten Minderheit nicht ignoriert werden dürften (20/436f). Der internationale Sozialistenkongress hatte Kautskys Position unterstützt und war für das volle Selbstbestimmungsrecht aller Nationen eingetreten (20/219f). Anfang 1916 sah Lenin ein, dass der Beschluss von 1896 ergänzungsbedürftig war. Denn weder berücksichtigte die alte Resolution den Imperialismus, noch den Klassencharakter demokratischer Forderungen, noch die Unterscheidung zwischen unterdrückenden und unterdrückten Nationen oder die notwendige Unterordnung demokratischer Forderungen unter den Kampf gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus (22/158f).

Für Lenin bildete das Recht auf Selbstbestimmung eine Ausnahme vom allgemeinen Grundsatz des Zentralismus, um den „erzreaktionären großrussischen Nationalismus“ zu bekämpfen. Der Verzicht auf diese Ausnahme führe Rosa Luxemburg zum Opportunismus (19/496). Sie würde in der deutschen und in der russischen Sozialdemokratie ausgelacht, weil sie, „aus Furcht, dem bürgerlichen Nationalismus der unterdrückten Nationen in die Hände zu arbeiten, nicht nur dem bürgerlichen, sondern sogar dem erzreaktionären Nationalismus der unterdrückenden Nation in die Hände arbeitet“ (19/540).

Die Interessen der Demokratie und des gleichberechtigten Zusammenschlusses aller Proletarier aller Nationen verneinen alle nationalen staatlichen Privilegien und billigen das gleiche Recht aller Nationen auf einen eigenen Nationalstaat. Nur diese Propaganda verbürge eine wahrhaft demokratische und sozialistische Erziehung. Rosa Luxemburg vergesse diese Aufgaben (20/417).

---

Die Diskussion entzündete sich erneut im Sommer 1916 am Problem der Annektionen. Die SDPuL argumentierte gegen Aufstände der Bevölkerung eines annektierten Gebietes gegen seine Besatzer. Denn die Bourgeoisie der annektierten Länder könne auch fremde Völker unterdrücken. Dagegen führte Lenin die annektierten Länder Belgien, Serbien, Galizien und Armenien an. Aufstände gegen die Besatzer betrachtete er als 'Vaterlandsverteidigung'. Um einen Krieg oder Aufstand zu beurteilen, müsste der wirkliche soziale Inhalt untersucht werden. Ein Aufstand einer reaktionären Klasse sei natürlich nicht zu unterstützen. Wer aber die Unterstützung eines Aufstands annektierter Gebiete gegen die Bourgeoisie der annektierenden Großmacht ablehne, sei ein Annexionist (22/339).

Für Lenin hatte Rosa Luxemburgs SDPuL „das gewaltige historische Verdienst“, im nationalistischen Polen eine marxistische, proletarische Partei geschaffen zu haben. Den polnischen Sozialdemokraten könne kein Vorwurf gemacht werden, weil sie gegen die Lostrennung Polens von Russland seien. Gegenüber dem nationalistisch verhetzten polnischen Kleinbürgertum sei die SDPuL gezwungen, den „Bogen zu überspannen“. Der Fehler Rosa Luxemburgs liege nicht in ihrer Stellung zum Selbstbestimmungsrecht in Polen, sondern in der Übertragung ihrer Position von Polen auf Russland. Aber in Polen war die SDPuL für Lenin „völlig im Recht (...) als sie die zweitrangige Bedeutung der nationalen Frage für die polnischen Arbeiter aufzeigte“ (20/434f).

Der Kampf der Sozialdemokratie der kleinen Nationen, insbesondere der polnischen Sozialdemokratie, gegen die das Volk betrügenden nationalistischen Losungen ihrer Bourgeoisie führe sie zur Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen. Ihren Standpunkt auf die gesamte Internationale übertragen zu wollen, sei theoretisch falsch und begünstige ungewollt den Chauvinismus und Opportunismus der großstaatlichen Nationen (22/158f). Lenin war aber auch dagegen, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen wegen seiner angeblichen „Undurchführbarkeit“ oder seines "illusorischen" Charakters in der imperialistischen Epoche als demokratische Forderung zu streichen (22/145).

Taktisch war für Lenin klar, „daß die Propaganda von Internationalisten unter den Russen *nicht* dieselbe *sein kann* wie unter den Polen, wenn sie die einen und die anderen zur 'einheitlichen Aktion' erziehen will.

Der großrussische (und der deutsche) Arbeiter ist verpflichtet, unbedingt für die Freiheit der Lostrennung Polens einzutreten, da er sonst *faktisch, gegenwärtig*, ein Lakai Nikolaus` II. oder Hindenburgs sein würde. Der polnische Arbeiter *könnte nur* bedingt für die Lostrennung eintreten, denn (wie die Fracy) auf den Sieg der einen oder anderen imperialistischen Bourgeoisie spekulieren heißt *deren* Lakai werden“ (23/50).

In einer Rede auf der 7. Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR-ZK 1917 unterstrich Lenin noch einmal „das gewaltige geschichtliche Verdienst“ der SDPuL und Rosa Luxemburgs, für die das brüderliche Bündnis mit dem Proletariat aller anderen Länder immer an erster Stelle gestanden hatte und die erbitterte Feinde eines Krieges für die Befreiung Polens vom zaristischen Russland waren. Es war genau ihre Position zum Selbstbestimmungsrecht *in Polen*, weshalb Lenin als einzige Partei in Polen nur die SDPuL für wirklich sozialistisch hielt und nicht die PPS.

Weil die SDPuL für ein Bündnis mit den russischen Arbeiterinnen und Arbeitern eintrat, agitierte sie gegen die Lostrennung Polens von Russland. Für Lenin war das „ihr gutes Recht“. Aber die SDPuL hätte nicht verstanden, „daß man nicht überall ein und dasselbe sagen darf, daß man in Rußland für das Recht der unterdrückten Nationen auf Lostrennung eintreten, in Polen dagegen das Recht auf Vereinigung betonen muss. Die Freiheit der Vereinigung setze die Freiheit der Lostrennung voraus. Die Russen müssten die Freiheit der Lostrennung betonen, in Polen aber musste man die Freiheit der Vereinigung betonen (24/290).



**Leonid Tarski 1894-1938.**

1918 Mitbegründer der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der Ukraine . Unter Stalin ermordet.

---

### 3.3 Lenins Diskussion mit Karl Radek

Lenin antwortete erst im Juli 1916 auf die Thesen der Redaktion der „Gazeta Robotnicza“ über „Imperialismus und nationale Unterdrückung“, die von Karl Radek im Schweizer Exil veröffentlicht wurden. Darin behauptete Radek, dass das demokratische Selbstbestimmungsrecht in der kapitalistischen Gesellschaft nicht verwirklicht sei (19). Das Kapital überlasse niemals die Entscheidung über seine Staatsgrenzen dem Volk. Lenin führte als Gegenbeispiel die Unabhängigkeit Norwegens 1905 an. Er hielt auch die erneute Unabhängigkeit Polens als Ergebnis des Weltkrieges für möglich (22/332f). Die Losrennung Norwegens 1905 von Schweden zeigte ihm die Möglichkeit, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen demokratisch und friedlich anzuwenden, obwohl die schwedischen Gutsbesitzer mit Krieg drohten. Die Loslösung Norwegens von Schweden bestärke die freiwillige wirtschaftliche Bindung, die kulturelle Annäherung, die stärkere Achtung und die Gemeinsamkeit der beiden Völker.

In der Frage des Selbstbestimmungsrechts ganz ein Schüler Rosa Luxemburgs hielt Karl Radek das Selbstbestimmungsrecht „auf die sozialistische Gesellschaft“ für nicht anwendbar. Der Sozialismus würde jede nationale Unterdrückung aufheben, da er die Klasseninteressen aufhebe. Er führte auch die „Bedürfnisse der Produktion“ an, über die nicht einzelne Nationen entscheiden, sondern „alle interessierten Bürger mitzubestimmen hätten“ (20). Lenin bestand gegenüber Radek darauf, dass es beim Selbstbestimmungsrecht nicht um eine Frage der Ökonomie, sondern des Staates und seiner Grenzen gehe. Die müssten von der unterdrückten Minderheit demokratisch festgelegt werden (22/332f). Radek sah im Selbstbestimmungsrecht eine „utopische Lösung“. Sie fördere nationalistische Bestrebungen innerhalb der Arbeiterklasse.

Auch für Lenin war das Selbstbestimmungsrecht nichts Absolutes, sondern stand zu Marx Zeiten im Zusammenhang mit der allgemein demokratischen, sowie im Zeitalter des Imperialismus mit der allgemein-sozialistischen Weltbewegung.

---

(19) Karl Radek, Thesen der Gazeta Robotnicza über Imperialismus und nationale Unterdrückung, in: Vorbote, Nr. 2, April 1916.

(20) Karl Radek, Thesen der Gazeta Robotnicza über Imperialismus und nationale Unterdrückung, in: Vorbote, Nr. 2, April 1916.

---

Wenn die republikanische Bewegung ein Instrument der „finanzkapitalistisch-monarchistischen Intrige anderer Länder“ sei, so dürfe man diese Bewegung nicht unterstützen. Aber deshalb wäre man ja nicht gleich gegen die Losung der Republik. Die Interessen der Befreiung größerer Völker wiege mehr als das der kleinen Nationen. Forderungen wie das Selbstbestimmungsrecht müssten im Weltmaßstab betrachtet werden und nicht isoliert (22/349 f).

#### 4.0 Zentralisierte Partei oder Föderation?

Während der Vorbereitung ihres ersten Parteikongresses im Exil war die Form der SDAPR strittig. Die eigenständige Partei des jüdischen Arbeiterbundes (Bund), die seit 1898 der SDAPR kollektiv angehörte, bildete seit Ende 1902 de facto wieder eine unabhängige Partei. Das war ein Bruch mit dem Statut der SDAPR. Es billigte dem Bund die vollständige Autonomie in allen das jüdische Proletariat betreffenden Angelegenheiten wie Propaganda und Agitation in jüdischer Sprache, eigene Literatur und eigene Kongresse zu. In allen übrigen Fragen sei die vollständige und engste Verschmelzung mit dem russischen Proletariat notwendig. Solche Zugeständnisse an den jüdischen Arbeiterbund sah Lenin nicht als Zersplitterung in getrennte Organisationen an.

An dem Parteitag in London nahmen die verschiedensten Organisationen, Fraktionen und Parteien der SDAPR teil. Denn die SDAPR bildete, trotz aller Polemik Lenins gegen eine Föderation, eine Dachorganisation. Von 1898-1903 gehörte ihr als selbstständige Partei der jüdische Arbeiterbund an, der bereits vor der SDAPR gegründet worden war. Die SDKPL Rosa Luxemburgs nahm am Parteitag nur mit Gästen teil, die das Selbstbestimmungsrecht für die unterdrückten Nationalitäten ablehnten. Gegenüber dem *Bund* trat Lenin für die vollständige Verschmelzung der sozialdemokratischen Organisationen bei gleichzeitiger Autonomie entsprechend dem Statut von 1898 ein. Die Vertretung der gemeinsamen Klasseninteressen sei Aufgabe der Gesamtpartei SDAPR (7/86). Dies war die Haltung der großen Mehrheit der Sozialdemokratie. Der Bund wollte aber eine selbstständige Entscheidung *in allen Fragen*, die das jüdische Proletariat betrafen. Er verließ daraufhin die SDAPR. Der auf dem 2. Parteitag wiedergegründeten SDAPR schloss sich auch der *Bund der armenischen Sozialdemokraten* an. Er forderte politische Freiheit, vollständige Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht für jede Nationalität. Lenin lobte seine Haltung zu den unterdrückten Nationalitäten, da er alle Arbeiter und Sozialisten zusammenschließen wollte (6/321f).

---



Lenin kritisierte die Propaganda der armenischen Sozialdemokraten für den Föderalismus, für nationale Autonomie und für einen autonomen Klassenstaat.

Die russische Revolution von 1905 machte die Vereinigung aller Sozialdemokraten in Russland zur Notwendigkeit. Der Druck und die Bestrebungen an der Basis zwangen Menschewiki und Bolschewiki zur Wiedervereinigung der SDAPR im April/Mai 1906 in Stockholm. Dabei wurde auch das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Parteien der unterdrückten Nationalitäten diskutiert. Die Plattform der SDAPR-Bolschewiki trat für die „völlige Verschmelzung aller sozialdemokratischen Organisationen jedes Ortes“ ein – bei Autonomie des Ortskomitees. Das beinhaltete „besondere Konferenzen der Sozialdemokraten der betreffenden Nationalität“, eine proportionale „Vertretung nationaler Minderheiten in den lokalen, regionalen und zentralen Körperschaften der Partei“ und „besondere Schriftsteller-, Verleger- und Agitatorengruppen“ (21) (10/152).



**Volodymyr Zatosnyk 1888-1938.** 1918 Mitbegründer der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der Ukraine . Unter Stalin ermordet.

---

(21) Auf Seite 376 zitiert Lenin seine eigene Resolution von S. 152. Dort haben die Herausgeber der Lenin-Werke das nicht ganz unwichtige Wort "proportionale" weggelassen. Das ist eine plumpe Fälschung.

---

Mit der „proportionalen Vertretung“ machten die Bolschewiki den sozialdemokratischen Parteien anderer Nationalitäten erhebliche Zugeständnisse. Durch die erfolgreiche Vereinigung kamen zu den 31.000 SDAPR-Mitgliedern weitere 33.000 des Bund, 26.000 der SDKPL und 14.000 der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands. Entsprechend trat die SDAPR in einem Flugblatt Lenins zur Dumawahl als „Partei der klassenbewußten Arbeiter aller Nationalitäten Rußlands, der Russen, Letten, Polen, Juden, Kleinrussen, Armenier, Georgier, Tartaren“ auf (11/321).

Nach der Revolution von 1905 hatte der Stockholmer Parteitag der SDAPR 1906 die russischen, polnischen und lettischen Sozialdemokraten vereinigt, das Prinzip der Föderation abgelehnt und die Vereinigung der Sozialdemokraten aller Nationalitäten an den einzelnen Orten verlangt. Das wurde seit Jahren im Kaukasus praktiziert. In Warschau organisierten sich polnische Arbeiterinnen und Arbeiter und russische Soldaten gemeinsam, in Wilna polnische, lettische, jüdische und litauische Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Sozialdemokraten in Lettland und im Kaukasus waren für die „territoriale Autonomie“ und für die Einheit der sozialdemokratischen Arbeiter aller Nationen (19/240). Seinen Standpunkt änderte Lenin nicht. Ein halbes Jahr vor der Oktoberrevolution forderte er den Zusammenschluss der Arbeiter aller Nationalitäten Russlands in einheitlichen proletarischen Organisationen. Nur so könne das Proletariat gegen internationales Kapital und bürgerlichen Nationalismus siegreich sein (24/295f).

Zur Prager Parteikonferenz der SDAPR-ZK im Januar 1912 waren die sozialdemokratischen Parteien der unterdrückten Nationalitäten drei Mal eingeladen worden. Aber der Bund, die SDPuL und die Arbeiterpartei Lettlands boykottierten die Konferenz. Diese beschloss keineswegs deren Ausschluss aus der SDAPR – das wollte, konnte und wagte sie nicht –, sondern pochte im Gegenteil auf die Einheit der Partei: „Die Konferenz anerkennt die Stabilisierung der Einheit der sozialdemokratischen Arbeiter aller Nationalitäten Rußlands als außerordentlich wichtig und erachtet es als unbedingt notwendig, die Einheit mit den

---

‘Nationalen’ allerorts herzustellen und die Verbindung der nationalen Organisationen mit dem Zentrum für das gesamte Rußland auszubauen“. Allerdings sei die Lage der Partei untragbar, wenn sich die ‘Nationalen’ isolieren würden“ (17/455).

Im November 1912 ging Lenin ausführlicher auf den organisatorischen Aspekt zur Haltung gegenüber den unterdrückten Nationalitäten ein. Seine Ausführungen waren gegen den Hauptvorstand der SDPuL, der Partei um Rosa Luxemburg, Jogiches, Warski, Marchlewski und Warschawski gerichtet, mit dem die Bolschewiki von 1907 bis 1911 die SDAPR gemeinsam führten. Beim Bruch mit der SDPuL-Führung erkannte Lenin ganz plötzlich „die völlige Isoliertheit“ der lettischen, polnischen und jüdischen Sozialdemokratie. Jeder polnische Sozialdemokrat wüsste, dass es in Polen keine Einheit mit dem jüdischen Arbeiterbund gebe. Die ‘Nationalen’ hätten ihre besonderen Organisationen, ihre zentralen Instanzen, Kongresse usw. Die Russen hätten das nicht. Bei allen russischen Fragen würden im ZK der SDAPR auch die Bundisten, Polen und Letten teilnehmen, die mit den russischen Angelegenheiten nicht vertraut seien. Die ‘nationalen’ Sozialdemokraten verfügten über eigene Zentren, der russische Teil nicht (18/404).

Entsprechend forderte die ZK-Beratung die sozialdemokratischen Arbeiter in den einzelnen Orten auf, sich aufs engste zu einheitlichen Organisationen der SDAPR zusammenzuschließen und zu vereinen (18/458). Die Tagung des ZK zeigte sich optimistisch, dass durch den revolutionären Aufschwung die völlige Vereinigung ohne Unterschied der Nationalität erreicht werde (18/459). Nur der jüdische Arbeiterbund sei gegen die Vereinigung der sozialdemokratischen Arbeiter in Warschau, Lodz und Wilna (18/458). Ihm warf Lenin „Separatismus“ vor.

Als negatives Beispiel in der Organisationsfrage nannte Lenin die tschechischen Sozialdemokraten in Österreich, die die vorhandene Einheit der tschechischen und deutschen Arbeiter zerstört hätten. Das sei vom Internationalen Sozialistenkongress in Kopenhagen einstimmig verurteilt worden. Die tschechischen Sozialdemokraten seien „Separatisten“. Dem hielt Lenin als positives Beispiel die SDAPR im Kaukasus entgegen. Auch die kaukasischen Menschewiki hätten die Verschmelzung der Arbeiter aller Nationalitäten in den örtlichen Organisationen von unten bis oben durchgeführt (19/70f).

In einer Polemik gegen die Forderung des jüdischen Arbeiterbundes nach ‚national-kultureller Autonomie‘ wies Lenin auf die Notwendigkeit der Einheit von unten, der vollständige Einheit und Verschmelzung der sozialdemokratischen Arbeiter aller Nationalitäten in sämtlichen örtlichen Organisationen hin. Dies gelte auch für den Aufbau der SDAPR (19/101). Klassenbewusste Arbeiter würden die *völlige Einheit* der Arbeiter aller Nationen in sämtlichen Bildungs-, Gewerkschafts-, politischen und sonstigen Organisationen anstreben (19/75). Eine Föderation als Organisationsprinzip oder die Bildung nationaler sozialdemokratischer Gruppen lehnte Lenin ab. Er forderte die „Einheit der Proletarier aller Nationen an jedem Ort“ (19/239).

Für Lenin war die Brüderlichkeit der Völker eine Losung der bürgerlichen Demokraten. Die Losung der Sozialdemokratie sei die Brüderlichkeit *der Arbeiter aller Nationalitäten*“ (26/164). Diese Sicht sollte sich unmittelbar auf sein Organisationsverständnis auswirken.



**Isaak Schwartz 1879-1951.** 1918 Mitbegründer der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der Ukraine .

## 5.0 Schlussfolgerungen für heute

Wichtig ist das Selbstbestimmungsrecht der 8 bis 9 Millionen innerhalb der Ukraine lebenden Russinnen und Russen und anderer, kleiner, unterdrückter Minderheiten. Sie allein müssen über Autonomie innerhalb der Ukraine, Bildung eines eigenen Staates oder Vereinigung mit Russland entscheiden.

Das Eintreten für ihr Selbstbestimmungsrecht kann aber nicht den Angriff Russlands auf die Ukraine rechtfertigen.

Wichtiger ist das Selbstbestimmungsrecht der 30 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer. Sie haben ein Recht darauf, in Frieden, Freiheit und Unversehrtheit zu leben.

Das Eintreten für ihr Selbstbestimmungsrecht kann aber nicht den Angriff der westlichen, kapitalistischen Regierungen auf den Lebensstandard von 190 Millionen Lohnabhängigen und ihrer Familien in der EU und den der Armen in der halben Welt rechtfertigen.

Am wichtigsten ist das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse der EU. Sie hat ein Recht darauf, mit allen Mitteln ihren Lebensstandard zu verteidigen.

Der Angriff des imperialistischen Russlands auf die Ukraine ist ebenso abzulehnen wie die Intervention der imperialistischen USA und EU, ihre Waffenlieferungen und Sanktionen. Die EU will die Ukraine der Europäischen Union und der NATO eingliedern, die USA will die Ukraine der NATO einreihen. Darüber hinaus wollen die Vereinigten Staaten Russland zerstören und kolonialisieren. Die Produktivkräfte sind längst den Produktionsverhältnissen entwachsen. Der angebliche Kampf der Großmächte für das Selbstbestimmungsrecht soll den Kampf um den industrie- und rohstoffreichen Donbas d.h. die eigenen imperialistischen Ziele rechtfertigen. Doch mit jeder Waffenlieferung wird die Ukraine abhängiger vom westlichen Imperialismus.

Deutsche Regierungen und ihre Verbündeten haben 20 Jahre Krieg in Afghanistan geführt und damit das Selbstbestimmungsrecht der dort lebenden Völker verletzt. Die Bundeswehr hat in Afghanistan durch Tötung von Zivilisten Kriegsverbrechen begangen. Dem imperialistischen Deutschland ist jedes Recht abzusprechen, sich als Verteidiger des Selbstbestimmungsrechts aufzuschwingen.

Im Kampf für das Selbstbestimmungsrecht ist auch eine Lösung von unten und nicht von oben durch Verhandlungen imperialistischer Regierungen möglich – durch die gemeinsame Organisierung der Arbeiterklasse innerhalb der Ukraine und durch die Verbrüderung der ukrainischen und russischen Soldaten.

Eine gemeinsame Organisierung der ukrainischen und russischen Arbeiterinnen und Arbeiter setzt voraus, dass einerseits die Mehrheit der ukrainischen Arbeiterklasse das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten russischen Minderheit bis hin zur Lostrennung verteidigt. Nur dann bewahrt sie ihre politische Unabhängigkeit gegenüber der eigenen ukrainischen Bourgeoisie. Andererseits kann der russische Teil der Arbeiterklasse seine politische Unabhängigkeit gegenüber der eigenen Bourgeoisie verteidigen, indem er die gemeinsame Organisierung mit der ukrainischen Arbeiterklasse betont.

Wir können hierzulande unsere politische Unabhängigkeit von den Kapitalisten und ihrer Regierung, von der Kriegshetze der bürgerlichen Parteien und Medien nur dann bewahren, wenn wir Karl Liebknechts Motto „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ in die Praxis umsetzen.



**Georgi Pjatakow 1890-1937.** 1918 Mitbegründer der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der Ukraine . Führender Oppositioneller und Stalinkritiker. Unter Stalin ermordet.

---

Wir haben auf den vorhergehenden Seiten Bilder und Daten der Mitglieder des ersten Zentralkomitees der 1918 gegründeten Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der Ukraine abgedruckt, das aus zwölf Mitgliedern bestand. Sie waren Kommunisten ukrainischer, russischer, jüdischer, deutscher und georgischer Herkunft. Mit ihren Genossinnen und Genossen kämpften sie gemeinsam gegen den Zarismus, die Kapitalisten und Gutsbesitzer.

Die daraus hervorgegangene stalinistische Kommunistische Partei der Ukraine war dort die älteste Partei. Ihr Verbot 2015 ist ein Beleg dafür, dass die Ukraine eine Diktatur ist.

#### Weitere Quellen:

- Lenin, W.I., Werke, Bd. 1, Berlin 1961
  - Lenin, W.I., Werke, Bd. 2, 5. Aufl., Berlin 1970 (1. Aufl. Berlin 1961)
  - Lenin, W.I., Werke, Bd. 3, 2. Aufl., Berlin 1960 (1. Aufl. Berlin 1956)
  - Lenin, W.I., Werke, Bd. 4, 5. Aufl., Berlin 1968 (1. Aufl. Berlin 1955)
  - Lenin, W.I., Werke, Bd. 6, 3. Aufl., Berlin 1963 (1. Aufl. Berlin 1956)
  - Lenin, W.I., Werke, Bd. 7, Berlin 1956
  - Lenin, W.I., Werke, Bd. 8, 2. Aufl., Berlin 1959 (1. Aufl. Berlin 1958)
  - Lenin, W.I., Werke, Bd. 9, 2. Aufl., Berlin 1960 (1. Aufl. Berlin 1957)
  - Lenin, W.I., Werke, Bd. 10, 8. Aufl. Berlin 1982 (1. Aufl. Berlin 1958)
  - Lenin, W.I., Werke, Bd. 11, 2. Aufl., Berlin 1968 (1. Aufl. Berlin 1958)
  - Lenin, W.I., Werke, Bd. 12, 2. Aufl., Berlin 1968 (1. Aufl. Berlin 1959)
  - Lenin, W.I., Werke, Bd. 13, 2. Aufl., Berlin 1965 (1. Aufl. Berlin 1963)
  - Lenin, W.I., Werke, Bd. 15, 4. Aufl., Berlin 1970 (1. Aufl., Berlin 1962)
  - Lenin, W.I., Werke, Bd. 16, Berlin 1962
  - Lenin, W.I., Werke, Bd. 17, Berlin 1962
  - Lenin, W.I., Werke, Bd. 18, Berlin 1962
  - Lenin, W.I., Werke, Bd. 19, Berlin 1962
  - Lenin, W.I., Werke, Bd. 20, 3. Aufl., Berlin 1968 (1. Aufl. Berlin 1961)
  - Lenin, W.I., Werke, Bd. 22, 1. Aufl., Berlin 1960
  - Lenin, W.I., Werke, Bd. 23, 1. Aufl., Berlin 1957
  - Lenin, W.I., Werke, Bd. 24, 1. Aufl., Berlin 1959
  - Lenin, W.I., Werke, Bd. 26, 1. Aufl., Berlin 1961
-



**Revolutionäre Initiative Ruhrgebiet**

[www.riruhr.org](http://www.riruhr.org)  
[info@riruhr.org](mailto:info@riruhr.org)

© 1. Auflage Februar 2023

---